

DJUKA JULIUS

Ungarn nach der Tragödie

EINES der ungeschriebenen Gesetze, nach denen sich unser tägliches Leben richtet, besteht darin, dass man jedes Übel vergleichsweise schnell vergisst, d. h. dass man sich mit der Zeit auch an die durch das Übel geschaffene Lage zu gewöhnen, ihr anzupassen pflegt. In Ungarn, insbesondere aber in der ungarischen Hauptstadt, fangen die Menschen wieder ein normales Leben unter anormalen Bedingungen an, nachdem sie eine erschütternde nationale Tragödie miterlebt haben, die, noch immer nicht ganz abgeschlossen, in der neueren Geschichte ihres gleichen sucht.

Ja, was Ungarn in den letzten paar Wochen durchgemacht hat, ist eine nationale Tragödie im wahrsten Sinne des Wortes. Dank einer völlig kurzsichtigen Politik und einer ganz und gar volksfremden Führung wurde dieses Land in eine Lage gebracht, wo es über kurz oder lang — man hat darauf von jugoslawischer Seite immer wieder, insbesondere aber nach den Posener Ereignissen, hingewiesen — zum Ausbruch der schon lange angehäuften Unzufriedenheit der Bevölkerung, ja selbst der Kommunisten, kommen musste. Dies war in der Tat eine finstere Entwicklungsperiode, in der die Politik vorwiegend von der Polizei, vom Stalinismus schlimmster Sorte bestimmt und durchgeführt wurde — zwölf volle Jahre hindurch, in deren Verlauf man im „Namen des Sozialismus“ nichts für das ungarische Volk getan, noch weniger aber dieses Volk um irgendetwas gefragt hat. Eine Demokratie hat es in dieser Periode dort nicht gegeben. Ist es dann ein Wunder, dass der so lange Jahre unterdrückte Zorn, dass die Massenrevolte mit einer solchen Vehemenz zum Durchbruch gelangt ist, um binnen nur einiger weniger Stunden den ganzen staatlichen Bau und die herrschende Partei zu begraben.

Dieser furchtbare Sturm hat Trümmer, Tote, ganze Flüchtlingsströme, manche Schrecken und Schwierigkeiten mit sich gebracht. Er brachte aber auch eine Lehre, die darüber Aufschluss gibt, wo die Ursachen der Revolte zu suchen sind und was unternommen werden soll, damit die Arbeiterklasse und die übrigen Bürger nicht noch einmal, nach einem zwölfjährigen Leben im „Sozialismus“, zu den Waffen greifen, um ein solches System zum alten Eisen zu werfen. Es bleibt daher dem aussenstehenden Beobachter nichts anderes übrig, als die jetzige Lage in Ungarn — abgesehen von dem schuldigen Mitgefühl für die Schwierigkeiten und Opfer — vor allem danach zu beurteilen, ob und inwieweit die jüngsten Erfahrungen beherzigt worden sind und was man bisher für die politische Sanierung der ungarischen Verhältnisse unternommen hat.

Zweifelloos ist es ausserordentlich wichtig, dass das tägliche Leben so bald wie möglich in normale Bahnen gelenkt wird, dass die Fabriken wieder mit voller Kapazität arbeiten, dass die Geschäfte geöffnet und die Stadtbewohner mit Lebensmitteln versorgt sind, dass die Schulen wieder mit der Arbeit beginnen, dass man die Trümmer aufräumt und die weniger zerstörten Häuser wieder instandsetzt. Doch all dies wird gegenstandslos und weniger wichtig, sobald man

es unterlässt, gleichzeitig auch den, doch am meisten mitgenommenen politisch-gesellschaftlichen Bau Ungarns gründlich zu reparieren. Denn die jüngsten Vorgänge haben unmissverständlich gezeigt, dass es sich am besten lohnen würde, diesen Bau von Grund auf, d. h. auf ganz neuen Grundlagen wieder herzurichten.

Um ein objektives Urteil über die Lage in Ungarn abgeben zu können, muss man vor allem die nach dem 23. Oktober in Ungarn vor sich gehende Entwicklung einer genauen Prüfung unterziehen. Diese Entwicklung war durch zahlreiche Schwankungen, Abweichungen und Irrungen gekennzeichnet: während und unmittelbar nach den ersten Demonstrationen wurde von Gerö, der diesen Ausbruch des Volkszorns gegen seine Politik nicht einsehen wollte, die Behauptung aufgestellt, es handle sich hier um „faschistische Provokationen“; schon einige Tage später wurde diese Behauptung von Imre Nagy widerlegt, so dass man seither nur noch von einer „Volksbewegung“ und einer „Volksrevolution“ sprach und gleichzeitig bestrebt war, mit dieser Bewegung, die schon ganz Ungarn erfasst hatte, eine gemeinsame Sprache zu finden. Aber auch Janos Kadar urteilte über diese Ereignisse genauso. Heute jedoch kommt die Bezeichnung „Konterrevolution“ wieder in den Vordergrund; sie wird bei der Beurteilung der Ereignisse häufig gebraucht, was aus der Resolution des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns und auch aus der Rede Kadars deutlich zu ersehen ist, während über die Irrtümer des „Rakosi-Gerö-Klingels“ nur noch ganz wenig gesprochen wird.

Hat es sich denn damals um eine Konterrevolution gehandelt, oder könnte man eher den jetzigen Zustand mit diesem Wort bezeichnen? Nachdem ich in der Lage war, diese stürmische Entwicklungsphase während eines ganzen Monats an Ort und Stelle zu verfolgen, bin ich heute tief davon überzeugt, dass das Wesentliche von dem, was sich um jene Zeit in Budapest und in Ungarn ereignet hat, nicht als Konterrevolution anzusehen ist. Man kann selbstverständlich die Tatsache nicht bestreiten, dass die verschiedensten Elemente, darunter auch faschistische Gruppen und Provokateure, immer wieder versucht haben, den Entwicklungsverlauf in die ersehnte Richtung zu lenken; es gab auch böse Tage der Gesetzlosigkeit und des „weissen Terrors“, des starken Drucks der Rechten, welcher um so stärker wurde, je schwächer sich die Regierung fühlte. Doch alle diese Momente sind für das Urteil des Charakters und Verlaufs der Ereignisse nicht von entscheidender Bedeutung. Im Gegenteil, entscheidend ist hier vor allem die Tatsache, dass es sich um eine Revolte des ganzen Volkes gegen die Rakosi-Variante des Stalinismus gehandelt hat; ferner um die Forderungen der Massen nach sozialistischer Demokratie und Unabhängigkeit, nach dem Aufbau des sozialistischen Systems auf ganz neuen Grundlagen der breiten Beteiligung des Volks an Verwaltung und Politik, nach Herstellung neuer Beziehungen zu der Sowjetunion auf Basis der Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Nichteinmischung. Die Menschen haben nicht die Fahnen und Waffen erhoben, um den Sozialismus zu stürzen, sondern — man könnte fast sagen — um den Sozialismus zu errichten. Ich habe mit vielen Arbeitern und Bauern gesprochen, doch keiner von ihnen hat den Wunsch nach Wiedererrichtung des kapitalistischen Systems zum Ausdruck gebracht. Im Zuge einer solchen Entwicklung wurden gerade von diesen Elementen Arbeiterräte geschaffen, und man bezeichnete damals wie auch jetzt den Kommunisten Imre Nagy als die Persönlichkeit, um die sich die Volksmassen sammeln wollten. Kann nun eine solche Bewegung als Konterrevolution bezeichnet werden? Nein, niemals!

Selbstverständlich sind solche und ähnliche Urteile über die Ereignisse — Konterrevolution, faschistische Provokation usw. — keinesfalls geeignet, zur Stabilisierung der Lage in Ungarn beizutragen. Denn ein von Grund auf

Der Verfasser dieses Artikels, Djuka Julius, hielt sich als Sonderkorrespondent der Belgrader Tageszeitung „Politika“ in Budapest auf, und zwar sowohl während der stürmischen Oktoberereignisse als auch während der anschliessenden Entwicklungsperiode. Er legt in diesem Artikel seine Eindrücke dar von den grundlegenden Merkmalen und Tendenzen der jüngsten Entwicklung in diesem Land.

falsches Urteil bringt es mit sich, dass auch die von solchem Urteil ausgehende Politik falsch ist und kaum einen Rahmen für die Stabilität bieten kann. Dies geht übrigens aus der jüngsten Entwicklung der Beziehungen zwischen der Regierung und den Arbeiterräten am deutlichsten hervor.

Diese Arbeiterräte sind im Verlauf der Kämpfe entstanden. Ja, viele von ihnen wurden schon nach den ersten Demonstrationen und Kämpfen von verschiedenen Fabrikbelegschaften gebildet, womit die Arbeiterschaft den wahren Charakter ihrer Bestrebungen am deutlichsten zum Ausdruck gebracht hat. Diese Arbeiterräte sind wiederum ein Ausdruck der sozialistischen Demokratie. Und als der alte Verwaltungsapparat während der Kämpfe zusammenbrach, als man nach der zweiten sowjetischen Intervention an die Normalisierung der Lage unter so schweren Bedingungen heranging und als es galt, einen neuen Mechanismus und ein neues Verwaltungs- und Regierungssystem aufzubauen, da erwiesen sich diese Arbeiterräte als der einzig wirksame und tatsächlich bestehende Organismus der Macht, und zwar einer demokratischen, sozialistischen Arbeitermacht im besten Sinne des Wortes. Konnte es also für die Regierung etwas logischeres und natürlicheres geben, als sich völlig auf die Arbeiterräte zu stützen, diese als Grundlage bei der Erneuerung des sozialistischen Staatsmechanismus in Ungarn zu nehmen und sie bei der Durchführung der erforderlichen Massnahmen und Pläne als Vermittlungs- und zum Teil auch als Vollzugsorgane zu verwenden!

Dazu ist es aber nicht gekommen. Die Regierung hat zwar die Arbeiterräte anerkannt, ausserdem ein Gesetz über die Arbeiterräte herausgebracht und darin die Rechte und Pflichten der Räte genau festgelegt; sie war aber auf der anderen Seite bestrebt, die Arbeiterräte aus der Politik auszuschalten und ihren Wirkungsbereich möglichst einzuzengen. Die Arbeiterklasse interessiert sich aber heute, in dieser stürmischen und für die Zukunft Ungarns schicksalvollen Zeit, vor allem für politische Fragen, und es ist daher auch kein Wunder, noch weniger ein Verbrechen, dass sich die Arbeiterräte — insbesondere ihre höheren Organe, die Stadt- und Komitatsarbeiterräte, die jetzt durch ein Regierungsdekret aufgelöst und geächtet sind — auch mit politischen Problemen befassen. Die Regierung stellte sich jedoch auf den Standpunkt, dass solche „territorialen“ Arbeiterräte eine angebliche Gefahr für die „Macht der Arbeiter und Bauern“ darstellten, dass sie ein Werkzeug der Konterrevolution seien und die Errichtung einer „parallelen Macht“ mit jener der Regierung zum Ziele hätten. Die Auflösung der Arbeiterräte wird und muss aber zur neuen, unnötigen Zuspitzung der Lage führen, die wiederum, angesichts der jüngsten Verhaftungen, zu der berechtigten Befürchtung Anlass gibt, die alte Politik könnte demnächst in einer neuen, etwas mildereren Form wieder zur Anwendung gelangen.

Ein solches Verhältnis zu den Arbeiterräten, ferner die hartnäckige Behauptung von der Existenz der Konterrevolution, die Entwicklung des „Falls Nagy“, d. h. die Verschleppung des populären ehemaligen Ministerpräsidenten-Kommunisten nach Rumänien, die immer zahlreicher werdenden Meldungen über die Betrauung kompromittierter Stalinisten mit verschiedenen hohen Aemtern und über die Verhaftung von Mitgliedern der Arbeiterräte und von zahlreichen kommunistischen Anhängern Imre Nagys — alle diese Erscheinungen bilden die Ursache der gegenwärtigen, noch immer ungeordneten und unruhigen Lage in Ungarn. Ausserdem trägt auch die Anwesenheit einer grossen Anzahl sowjetischer Truppen nicht wenig zur Aufrechterhaltung einer so gespannten Lage bei, die noch immer den Grund zu kleineren oder grösseren Ausbrüchen gibt.

Die Reaktion und die Aktivität einer ganzen Reihe von Regierungen, die die Ereignisse in Ungarn ausschliesslich durch das Prisma der Blockinteressen und des Kampfes betrachten, sind selbstverständlich wenig geeignet, zur Beruhigung der Lage beizutragen. Sie erschweren vielmehr die Situation und verleihen der Politik der „festen Hand“ in Ungarn einen Auftrieb. Diese Regierungen gründen — wie dies auch aus dem Verlauf der UNO-Generaldebatte sowie aus dem, in Form einer Resolution angenommenen Vorschlag der 20 Länder hervorgeht — ihre Politik auf die folgende These: Wie liesse sich die entstandene Lage am besten und vollständigsten propagandistisch gegen die Sowjetunion und den „Kommunismus“ auswerten; wie könnte man, unter dem geschickt gewählten Deckmantel der Hilfsbereitschaft für Ungarn, dem Ostblock auf propagandistischem Gebiet möglichst grosse Schwierigkeiten bereiten und die Stabilisierung der Verhältnisse in Ungarn verzögern durch Aufrechterhaltung der Illusion von einer

UNO-Aktion zugunsten des ungarischen Volkes und von einer aktiven Einmischung der Weltorganisation in die ungarische Entwicklung? All dies ist selbstverständlich unreal und dürfte niemandem nützen.

Das Problem Ungarn bildet heute einen Bestandteil des Kräftegleichgewichts in Europa, so dass jede Störung sehr schwerwiegende Folgen mit sich bringen kann. Die einzige reale Politik, mit der dem ungarischen Volk tatsächlich geholfen werden könnte, müsste folglich darin bestehen, innerhalb des bestehenden Rahmens ein solches Endergebnis der tragischen Ereignisse in Ungarn zu ermöglichen, durch welches jene wichtigsten Forderungen vollständig oder zumindest zum guten Teil verwirklicht werden sollen, die das ungarische Volk am 23. Oktober auf die Strassen geführt haben — Forderungen also, die man heute folgendermassen zusammenfassen kann: Entwicklung der sozialistischen Demokratie in Ungarn, Befriedung, Verhinderung jedes Versuchs einer Wiedererrichtung des Stalinismus (auch in „verwässerter“ Form), beschleunigte Herstellung der Beziehungen zwischen Ungarn und der Sowjetunion auf neuen Grundlagen der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit, allmählicher Abzug der Sowjettruppen und somit Beendigung der militärischen Besetzung. Mit jedem Versuch, die Aktivität von aussen, ja selbst die von seiten der Vereinten Nationen, auf das Gleis der propagandistischen Verschärfung der Lage zu schieben, anstatt nach einer realistischen Variante zu suchen; mit jedem Versuch, eine Lösung aufzuzwingen, die für die Gegenseite unannehmbar wäre, kann der Befriedungsprozess in Ungarn nur verzögert werden. Die von den 20 UNO-Mitgliedstaaten angenommene Resolution ist leider vielfach mit solchen Ansichten und Tendenzen belastet, so dass sie kaum mehr als ein propagandistischer Druck sein kann. Mit einem solchen Schritt aber ist Ungarn, aufrichtig gesagt, heute am wenigsten gedient, da sich dadurch weder die objektive Lage ändern noch die Sowjetunion dazu bringen lässt, ihre Panzer aus Ungarn abzuziehen.

Alle diese Elemente bringen es mit sich, dass das politische Endergebnis der Ereignisse in Ungarn noch nicht abzusehen ist. Die Lage ist auch weiterhin ungeordnet und unklar, zumindest was die politische Lösung, den erwünschten Ausweg betrifft. Die Horizonte sind noch immer in Nebel gehüllt, und man gewinnt von Zeit zu Zeit den Eindruck, dass die Erfahrungen mit den bisherigen Ereignissen leider nicht genügend berücksichtigt werden. Die Regierung Kadar zieht es anscheinend vor, Standgerichte zu bilden und andere Massnahmen zur Bekämpfung der angeblichen Konterrevolution zu erwägen, anstatt den demokratischen, antistalinistischen Bestrebungen des ungarischen Volkes mehr Gehör zu schenken. Das Misstrauen gegenüber der gegenwärtigen Regierungspolitik und den Sowjettruppen ist gross, und die Lage im Land voll innerer Unruhe und Unsicherheit.

Innerhalb eines kleinen Rahmens, doch in dramatischer Form, hat Ungarn auf das wichtigste Problem des Sozialismus in der heutigen Welt hingewiesen: auf das Problem der sozialistischen Demokratie und der Regelung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und Bewegungen nach den Prinzipien der Unabhängigkeit, der Aktions- und Entscheidungsfreiheit, der Nichteinmischung und der gegenseitigen Achtung. Die Antwort, die einzig und allein zu positiven Lösungen führen kann, liegt klar auf der Hand, so dass es nur noch darum geht, ob, wann und wie man sie annehmen wird — in Ungarn und in einem noch breiteren Rahmen.

Auf eine solche Antwort wartet Ungarn noch immer. Bis dahin aber geht seine, in einer Form bereits beendete Tragödie, in anderer Form weiter fort.

Auf diese Antwort wartet eigentlich auch die ganze übrige Welt, die — insbesondere in solchen Fällen, wo es sich um Sozialisten handelt — aus ganzem Herzen wünschen müsste, dass man die Bestrebungen Ungarns nach der sozialistischen Demokratie und nationalen Unabhängigkeit achtet und zur praktischen Politik werden lässt.

Neue Mitarbeiter in diesem Heft

Dr. Jaša Davičo, verantwortlicher und Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Ekonomika politika“, Mitglied des Wirtschaftskomitees vom Belgrader Bezirks-Volksausschuss, Publizist.

Dr. Ivko Pustisek, Generalsekretär der jugoslawischen Radiosendungen, ehemaliger aussenpolitischer Redakteur des Senders Belgrad, Publizist.